Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt über den Städte- und Gemeindebund NRW zu prüfen, ob es zulässig ist in Anliegerstraßen einzelne Anlieger aufgrund ihrer übermäßigen Nutzung der Straße in besonderer Weise bei der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG (stärker) zu berücksichtigen.